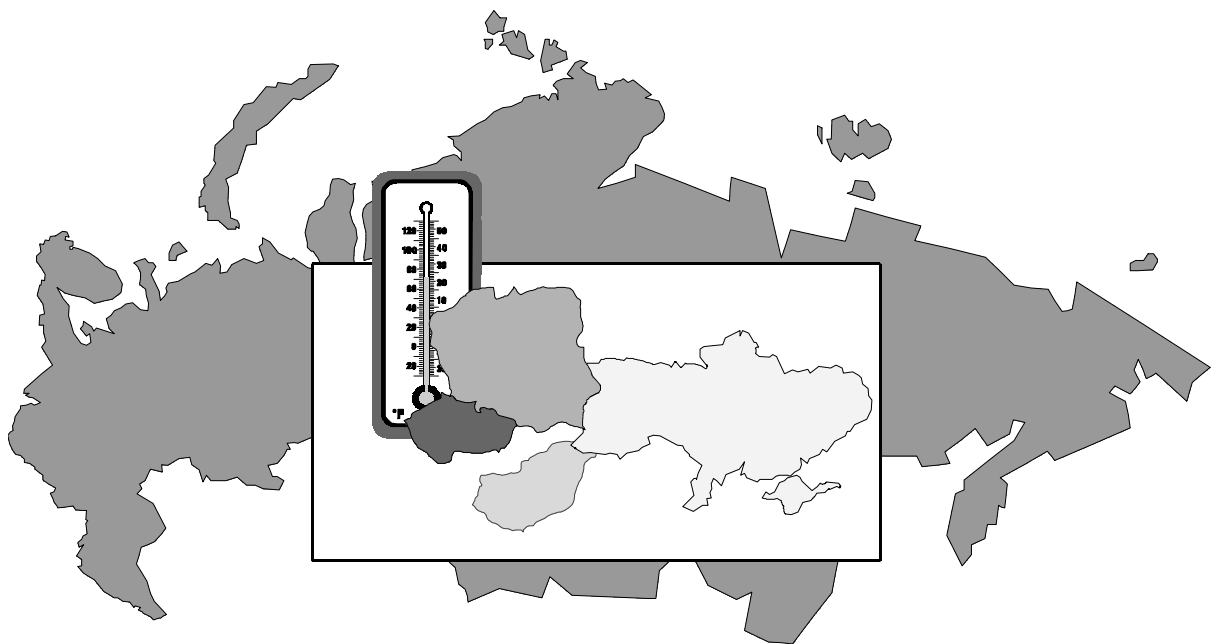


TRANSFORMATIONSBAROMETER OSTEUROPA 2000

**Zur Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft
in Polen, Tschechien, Ungarn, Russland und der Ukraine**



Arbeitspapiere zur Transformationsforschung der
Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V.
Nr. 8

Köln, September 2000

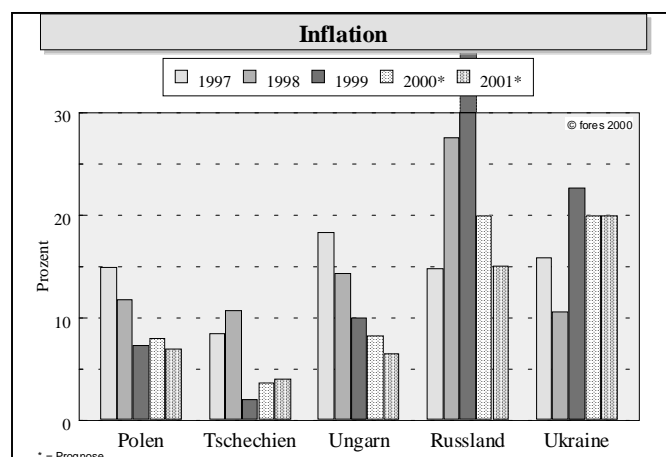
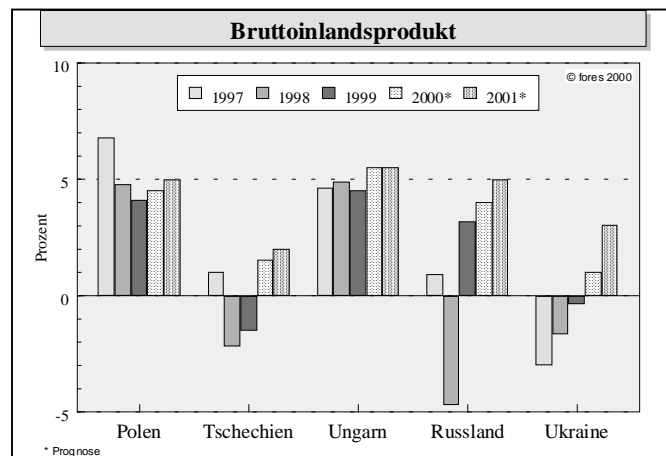
Trotz deutlicher Unterschiede in der Entwicklung der Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa befinden sich alle auf dem richtigen Weg; dies demonstrieren auch die aktuellen volkswirtschaftlichen Eckdaten. Im Alltag der Bevölkerung ist aber von reformpolitischen Erfolgen bislang wenig zu spüren; immer noch klagt die Mehrheit über finanzielle Engpässe und stetig wachsende Belastungen. Parteiengezänk und Regierungskrisen, Korruption und undurchsichtige Insider-Privatisierung schaffen einen Hintergrund, vor dem Demokratie und Marktwirtschaft zusehends schlechter anstatt besser bewertet werden.

Das *Transformationsbarometer Osteuropa (TBO)* der *Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Köln*, untersucht jährlich, wie sich die Transformationsprozesse in fünf mittelosteuropäischen Staaten, an objektiven und subjektiven Indikatoren gemessen, entwickeln; die Analysen umfassen seit 1997 Polen, Tschechien, Ungarn und Russland und seit diesem Jahr auch die Ukraine.

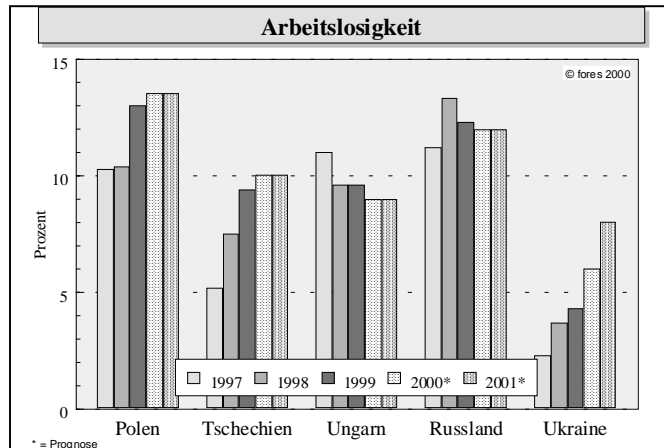
Positivere Wirtschaftstrends

Trotz der abgeschwächten Wachstumsentwicklung in den letzten beiden Jahren sind die gesamtwirtschaftlichen Aussichten *Polens* insgesamt positiv zu beurteilen. Das Wirtschaftswachstum zählt zu den höchsten in Europa; der anhaltende Investitionszustrom lässt zusammen mit Fortschritten bei der Reform wichtiger institutioneller Rahmenbedingungen auch in Zukunft eine günstige Wirtschaftsentwicklung erwarten. Die Bewältigung wichtiger strukturpolitischer Projekte (Landwirtschaft, Montanindustrie) und der noch immer erheblichen binnen- (Inflationsabbau, Budgetdefizit) und außenwirtschaftlichen (Leistungsbilanzdefizit) Herausforderungen werden entscheidende Auswirkungen auf das Beitrittstempo zur Europäischen Union haben.

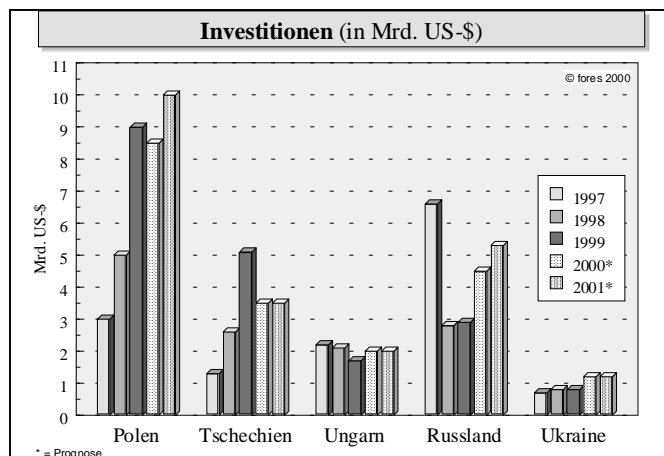
Die *tschechische* Volkswirtschaft scheint sich konjunkturell ganz allmählich zu erholen, wenngleich die für den wirtschaftlichen Niedergang verantwortlichen Strukturprobleme nur zögerlich beseitigt werden. Institutionelle Hemmnisse, wie etwa ein weitgehend intransparent organisierter Kapitalmarkt und die Verzögerung bei der Restrukturierung des industriellen Sektors, gefährden den beginnenden konjunkturellen Aufschwung. Allerdings zeugt der im letzten Jahr wieder stärkere Zustrom ausländischer Direktinvestitionen davon, dass die Sanierungsanstrengungen in der Industrie Wirkung zeigen. Die Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum hängt erheblich davon ab, ob trotz der anhaltend instabilen politischen Lage ein Ausweg aus dem Klima der Stagnation gefunden wird.



Seit geraumer Zeit fährt *Ungarn* die makroökonomische Dividende seiner konsequenten Reformpolitik ein. Hohe gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten und eine trotz des weitgehend abgeschlossenen Privatisierungsprozesses robuste Investitionstätigkeit wirken sich graduell positiv am Arbeitsmarkt aus. Auch bei der Bekämpfung der Inflation zeigen sich erste Erfolge. Problematisch könnte sich in Zukunft allerdings das hohe Zwillingensdefizit im staatlichen Budget und bei der Entwicklung des Außenhandels entwickeln. Dies wird die Rolle Ungarns als Primus unter den Kandidaten der ersten Runde für einen EU-Beitritt voraussichtlich aber nicht gefährden.



Die *russische* Volkswirtschaft erholt sich zusehends von der Krise des Jahres 1998. Der die Jelzin-Ära beherrschende Niedergang der Wirtschaft scheint mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Putin gestoppt. Zwar lässt die Wiederaufnahme dringend benötigter wirtschaftlicher Reformprojekte weiterhin auf sich warten bzw. erschöpft sich bisher weitgehend in wohlklingenden Absichtserklärungen, doch steigende Investitions- und Exportzahlen geben Hinweise, dass sich die russische Wirtschaft langsam regeneriert. Die hohen Wachstumswahlen seit Beginn dieses Jahres können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich substantielle und dauerhafte Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage nur über die konsequente Implementierung weiterer Reformschritte erzielen lassen. Bisher basiert der konjunkturelle Aufschwung nämlich weitgehend auf exogenen Faktoren, wie etwa steigenden Weltrohstoffpreisen für Energieträger, der geglückten Umschuldung Russlands gegenüber seinen westlichen Gläubigern sowie zu einem erheblichen Teil auf der Abwertung des Rubels.



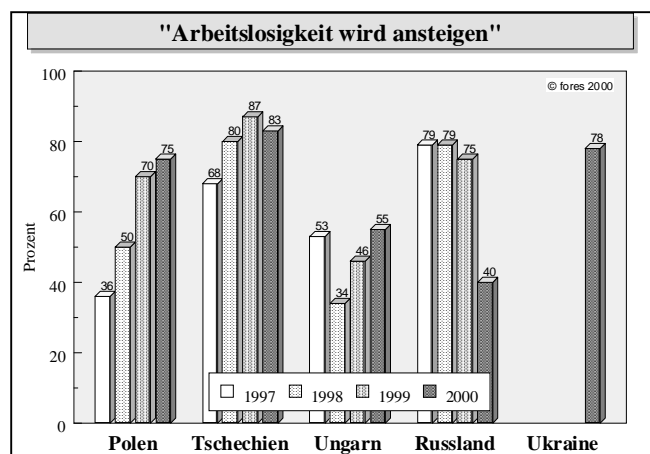
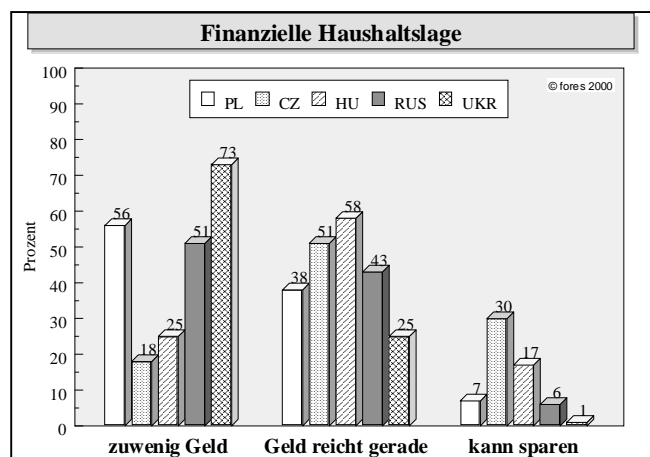
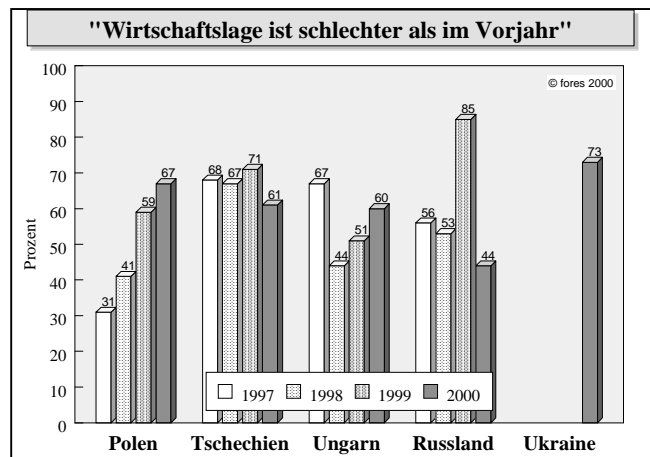
Anders als die Visegrádstaaten und Russland hat die *Ukraine* den transformationsbedingten Einbruch der Wirtschaftsleistung auch nach zehn Jahren Übergangsprozess noch nicht überwunden. Zwar hat sich der Prozess des wirtschaftlichen Niedergangs im letzten Jahr deutlich verlangsamt, doch der tiefgreifende Mangel an strukturellen Reformen in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens verhindert eine nachhaltige Erholung der ukrainischen Volkswirtschaft. Der derzeit zu beobachtende konjunkturelle Silberstreif basiert daher auch weniger auf einer fortgeschrittenen Unternehmensanpassung, als vielmehr auf der realen Abwertung der ukrainischen Währung, die im Zuge der Imports substitution die heimische Industrieproduktion stimuliert.

Wirtschaftsklima getrübt durch Finanzlage

Nach wie vor existieren große Entwicklungsunterschiede zwischen den Visegrádstaaten, die auf dem Reformweg bereits gut vorangekommen sind, und den osteuropäischen Staaten Russland und Ukraine, die gerade einmal die Weichenstellung in Richtung Reformkurs hinter sich gebracht zu haben scheinen. Die wirtschaftliche Stimmung in der Bevölkerung hat sich allerdings in fast allen Reformstaaten weiter verschlechtert: zwei Drittel der Polen und fast drei

Viertel der Ukrainer bewerten die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes im Vergleich zum Vorjahr als schlechter; die Bewertung in Tschechien und Ungarn fällt nur geringfügig besser aus. Eine Trendwende lässt sich lediglich aus Russland vermelden, wo von einer konjunkturellen Flaute nur noch halb so viele wie im Vorjahr sprechen; wurde das damalige Stimmungstief ausgelöst durch den Schock der Finanz- und Währungskrise, so gründet sich das diesjährige Hoch vor allem auf den Hoffnungsträger Putin.

Die Bewertung der Wirtschaftslage, die in den meisten Ländern viel schlechter ist als ihre objektive Entwicklung, wird beeinträchtigt durch die prekäre Finanzlage in fast drei von vier privaten Haushalten in der Ukraine, aber auch in jedem zweiten Haushalt in Polen und Russland. Lediglich in Tschechien und Ungarn zeigt sich die Mehrheit zufrieden mit der Einkommenslage. Die Angst vor einem weiteren Anstieg von Preisen und Arbeitslosigkeit nimmt zu. Während man in Russland und der Ukraine bereits seit Jahren mit Erwerbslosigkeit rechnet, nimmt man diese Gefahr in den Visegrádstaaten erst in den letzten Jahren ernst. Dennoch sorgt sich dort nur eine Minderheit um den eigenen Arbeitsplatz, während in Russland und der Ukraine jeder Zweite damit rechnet, seinen Job mittelfristig einzubüßen. In beiden osteuropäischen Staaten ist die Lage immer noch deutlich schlechter als in Mitteleuropa. So verwundert es nicht, dass man dort stärker auf soziale Netzwerke zur Unterstützung zurückgegriffen: etwa zwei Drittel helfen sich gegenseitig, vor allem im engeren Familien- oder Verwandtenkreis; in den Visegrádstaaten sind es gerade mal halb so viele. In Tschechien, Russland und der Ukraine ist die Mehr-



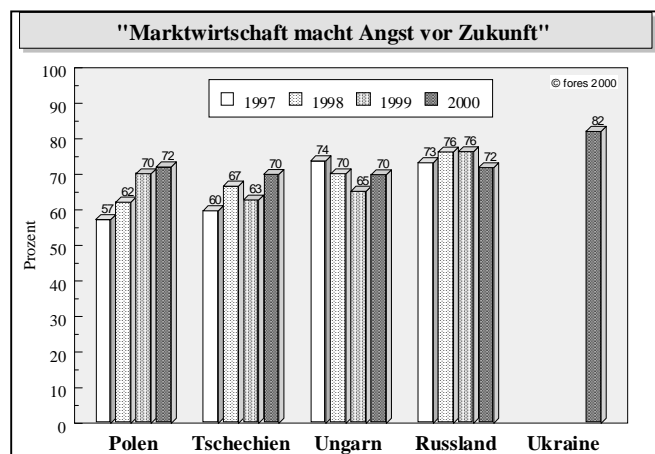
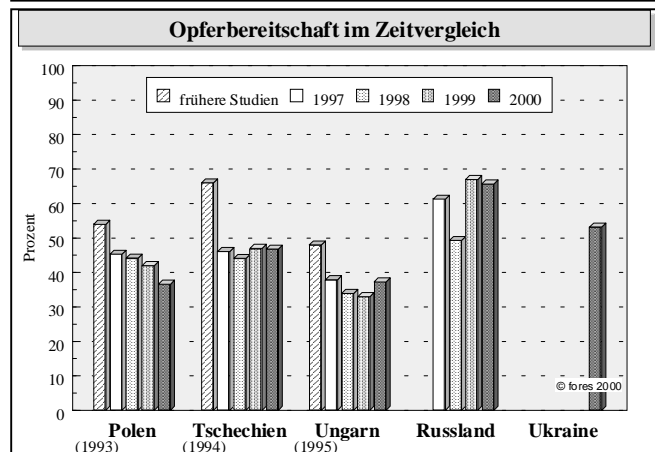
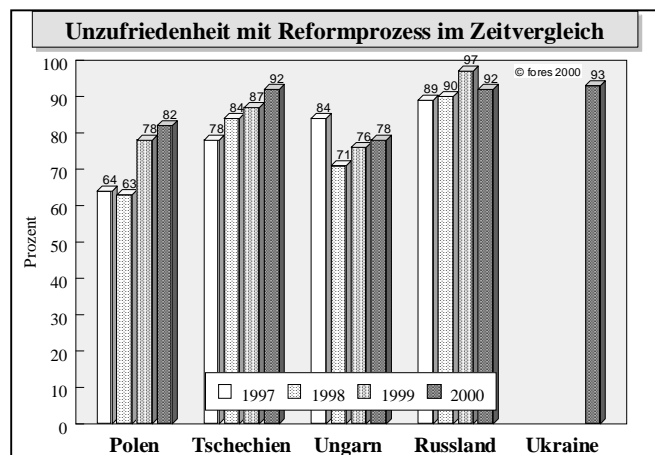
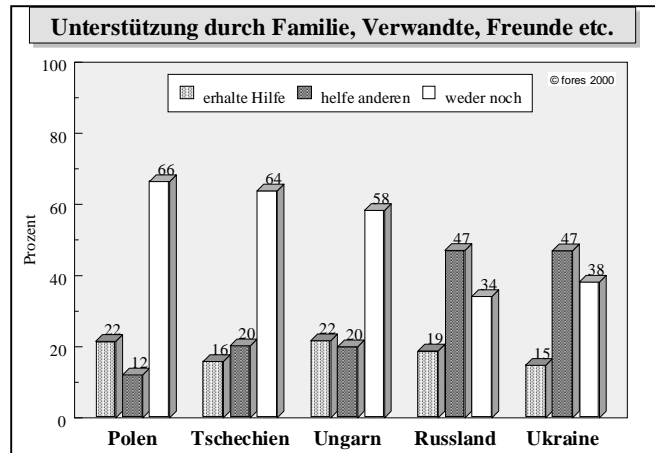
sozialer Netzwerke zur Unterstützung zurückgegriffen: etwa zwei Drittel helfen sich gegenseitig, vor allem im engeren Familien- oder Verwandtenkreis; in den Visegrádstaaten sind es gerade mal halb so viele. In Tschechien, Russland und der Ukraine ist die Mehr-

heit der Bevölkerung davon überzeugt, dass die gegenseitige Hilfsbereitschaft im Vergleich zu früher abgenommen hat.

Reformfrust steigt immer noch an

In allen fünf Staaten stößt der Reformverlauf bei der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auf Kritik. In den Visegrádstaaten ist die Unzufriedenheit in den letzten Jahren wieder gestiegen; lediglich in Russland hat sie leicht nachgelassen, liegt aber wie in Tschechien und der Ukraine bei über 90%. Überall fordert die Bevölkerungsmehrheit heute einen langsamen, sozial abgedeckten Wandel anstelle eines schnellen Umbruchs. Mitte der 90er Jahre konnten die Politiker in den Visegrádstaaten noch mit einer gewissen Opferbereitschaft seitens der Bevölkerung rechnen; in den letzten Jahren ist diese allerdings deutlich zurückgegangen. Nur noch in Russland und in der Ukraine würde die Mehrheit der Bevölkerung trotz der schwierigen Finanzlage zusätzliche Geduld und Opferbereitschaft aufbringen; in den übrigen Ländern will man endlich an den Reformerfolgen beteiligt werden.

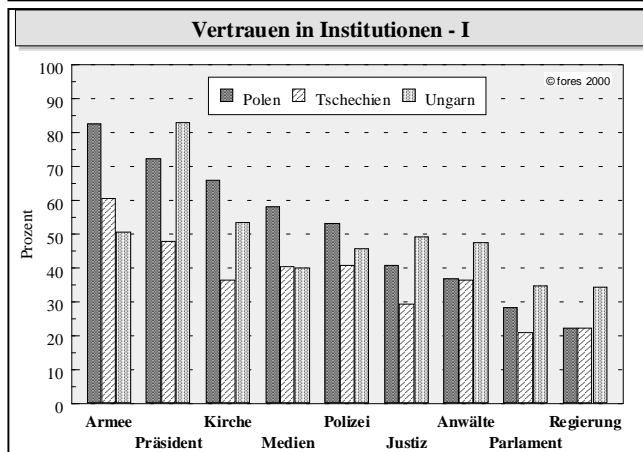
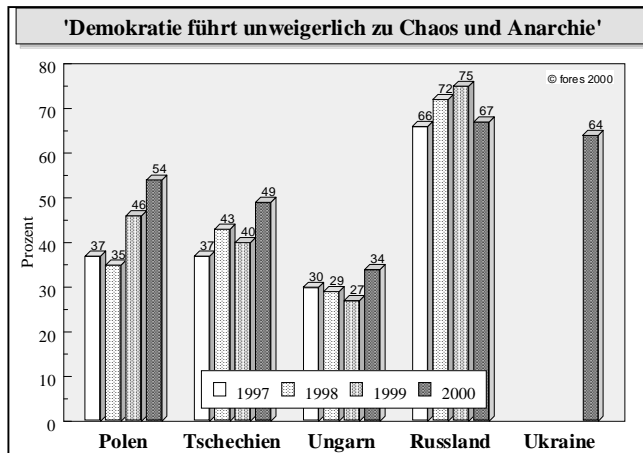
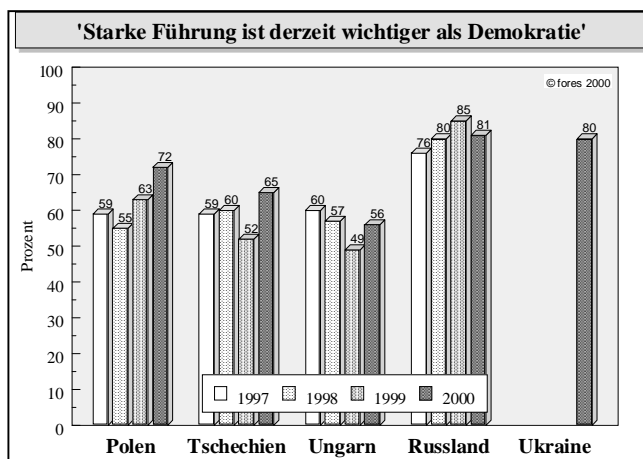
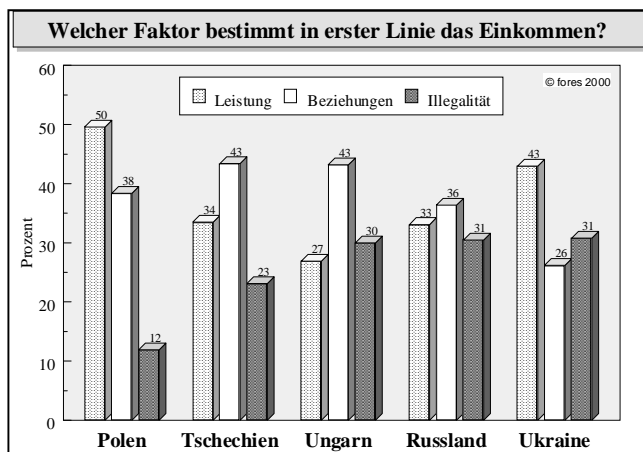
Das derzeitige Erscheinungsbild der Marktwirtschaft und der niedrige Lebensstandard rufen in allen Ländern Angst vor der Zukunft hervor. Diese Verunsicherung hat in den letzten Jahren nicht abgenommen, sondern sogar noch zugelegt. Obwohl die Mehrheit der Menschen eine leistungsorientierte Einkommensdifferenzierung für notwendig hält, werden allzu extreme Unterschiede zwischen Arm und Reich heftig kritisiert. Berichte über Korruption, undurchsichtige Privatisierungsprozesse und offen zur Schau gestellten Reichtum einer kleinen Minderheit nähren bei der Bevölkerungsmehrheit eher Neid und Missgunst statt



zu verstärkter Eigenleistung anzuspornen. Lediglich in Polen und in der Ukraine glaubt noch die Mehrzahl der Befragten, die Einkommenshöhe hänge vorrangig von der erbrachten Leistung ab. In den übrigen Ländern sind bereits mehr Menschen davon überzeugt, die richtigen Beziehungen seien am wichtigsten für ein gutes Einkommen; in Ungarn, Russland und der Ukraine glaubt sogar fast jeder Dritte, ein hoher Verdienst sei vor allem durch die Bereitschaft, Gesetze zu übertreten, zu erzielen. Insbesondere in den beiden osteuropäischen Staaten, aber auch in den Visegrádstaaten glaubt man zudem mehrheitlich, von der Marktwirtschaft profitiere nur die alte Nomenklatura. In Polen ist die Kritik am neuen Wirtschaftssystem in den letzten drei Jahren kontinuierlich gestiegen.

Starker Staat und ‚starker Mann‘ gewünscht

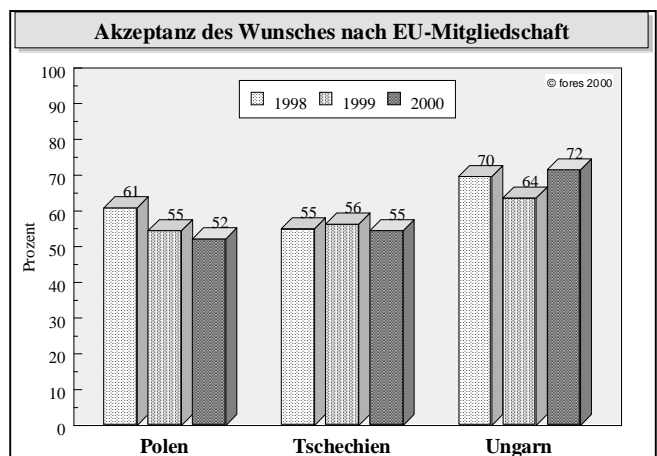
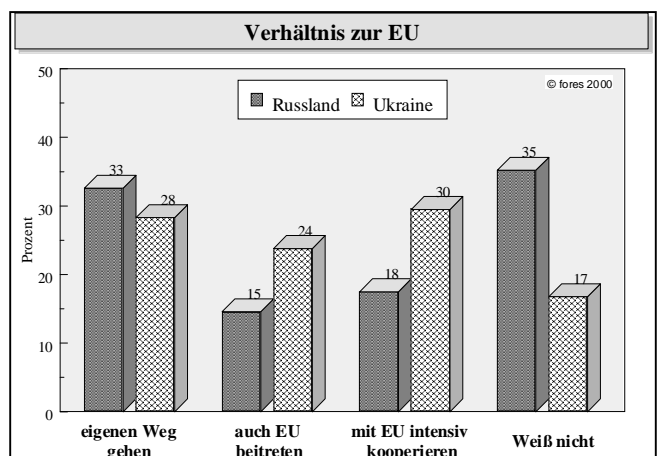
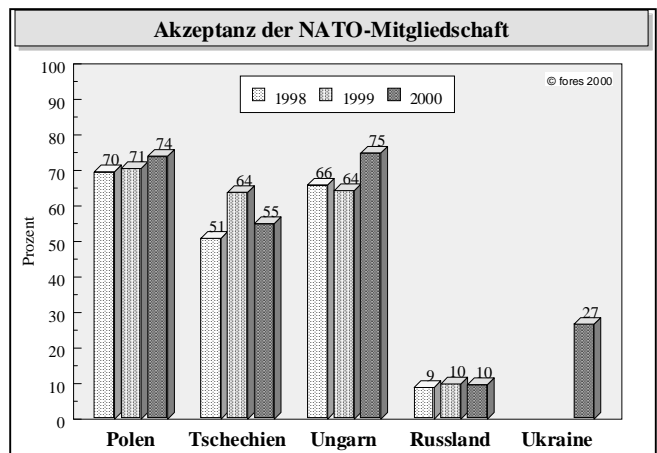
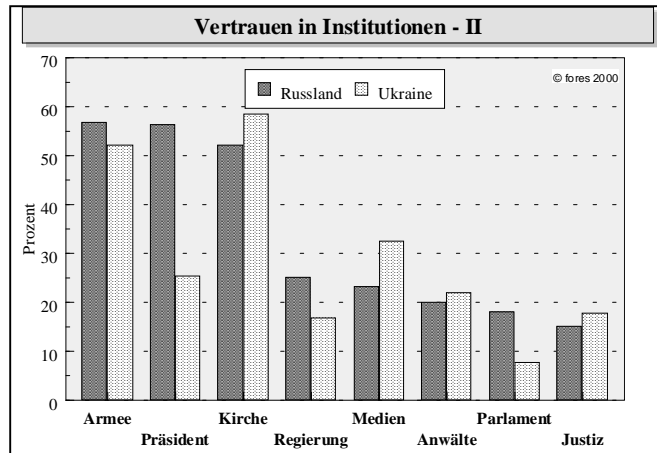
In dieser Unsicherheit setzen viele ihre Hoffnungen in einen starken Staat, der für Ruhe und Ordnung sorgen soll, denn Demokratie und Freiheit führen nach Ansicht der meisten Menschen vor allem zu Chaos und Anarchie. Das Image der Demokratie hat sich in nahezu allen Ländern von Jahr zu Jahr verschlechtert. Mit der Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse wächst die Zahl derer, die zudem einen ‚starken Mann‘ fordern. Besonders hoch ist die Unterstützung autoritärer Regime in den osteuropäischen Staaten: vier Fünftel der Russen sowie der Ukrainer sind der Ansicht, dass für ihr Land derzeit eine starke Führung wichtiger ist als demokratische Verhältnisse. Aber auch in den Visegrádstaaten vertritt die Mehrheit der Bevölkerung diese Meinung: während der Wunsch nach autoritärer Führung in Ungarn tendenziell abnimmt, steigt er in Polen und Tschechien eher an.



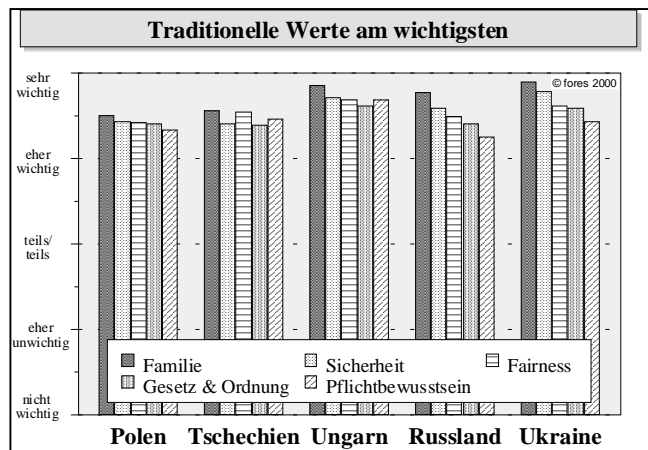
Den neuen politischen Institutionen wird bislang nur wenig Vertrauen entgegengebracht. Regierung und Parlament werden die Kosten der Systemtransformation angelastet, und sie schneiden daher in der Bewertung per se schlecht ab; zahlreiche Korruptionsvorfälle und undurchsichtige Privatisierungsvorgänge in Politikerkreisen haben das Misstrauen der Bevölkerung in Parlamentsabgeordnete und Parteien zusätzlich gefestigt. Polizei, Anwälte und Justiz haben sich noch nicht von ihrem alten Image aus der Zeit des Sozialismus befreien können, das vor allem mit Willkür und Korruption behaftet ist. Das meiste Vertrauen genießen immer noch altbekannte Institutionen wie Armee und Kirche. Die Sehnsucht nach der starken Führung spiegelt sich in Russland im hohen Ansehen des Präsidenten wider, das durch die Person des Wladimir Putin wieder aufgewertet wurde. Auch in Polen und Ungarn wird dem höchsten politischen Amt vergleichsweise viel Vertrauen entgegengebracht.

Die Mehrheit der neuen NATO-Mitgliedsstaaten sieht auch nach dem Kosovokrieg den Beitritt zum nordatlantischen Verteidigungsbündnis als richtigen Schritt an. In Polen und Ungarn hat die Akzeptanz in diesem Jahr sogar noch zugenommen und wird von drei Vierteln der Bevölkerung ausdrücklich begrüßt. In Tschechien ist die traditionell geringere Unterstützung des Beitritts dagegen wieder gesunken; 31% der Tschechen halten die NATO-Mitgliedschaft für falsch. Während lediglich jeder Zehnte in Russland die Osterweiterung akzeptiert, bringt die ukrainische Bevölkerung deutlich mehr Verständnis dafür auf; in beiden Ländern ist aber die überwiegende Mehrheit unentschlossen in dieser Frage.

In Ungarn wird die Aufnahme in die Europäische Union ähnlich positiv be-

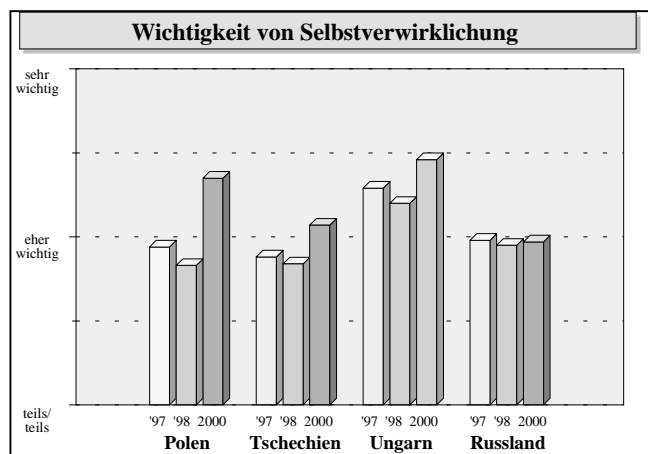


wertet wie der Beitritt zur NATO; dagegen ist in Polen aufgrund der schwierigen Beitrittsverhandlungen in jüngster Zeit die Zahl der EU-Kritiker deutlich gewachsen. Selbst in der Ukraine wünscht jeder Vierte eine Aufnahme seines Landes in die Europäische Union; die Bevölkerungsmehrheit fordert zumindest eine intensive Kooperation mit der EU. In Russland hingegen setzt man eher auf einen eigenen Weg; die Mehrheit hat in diesem Punkt aber noch keine gefestigte Meinung.

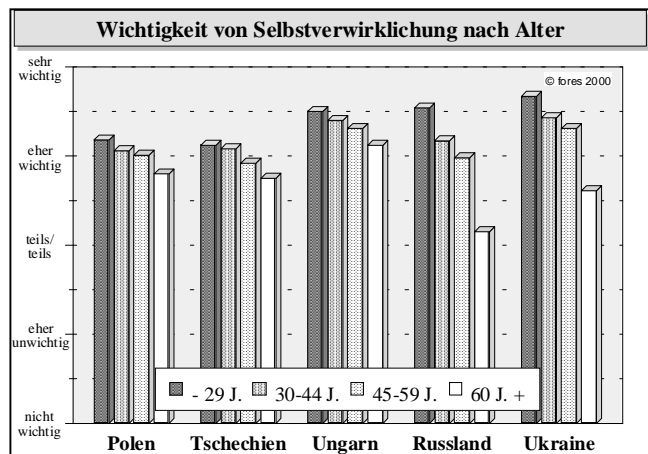


Sehnsucht nach Harmonie und Sicherheit verdrängt Eigeninitiative

Die Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung stärkt die Bedeutung traditioneller Werte: die Mehrheit sehnt sich vor allem nach familiärer Harmonie, Sicherheit, Ruhe und Ordnung. Neue, marktwirtschaftlich geprägte Werte wie Selbstverwirklichung, Freizeitorientierung oder Lebensgenuss kommen daher erst an zweiter Stelle, gewinnen aber in den Visegrádstaaten an Bedeutung; in den beiden osteuropäischen Ländern gehen diesbezüglich die Meinungen zwischen den Generationen immer mehr auseinander, da sich die Jüngeren zunehmend an westlichen Werten orientieren.



Wie erfolgreich ein Systemwandel verlaufen kann, zeigt das Beispiel Ungarns, wo der Reformkurs konsequent verfolgt wurde und die Forderung nach einem autoritären Regime am geringsten ist. Auch wenn sich der volkswirtschaftliche Erfolg nicht direkt im Alltag niederschlägt, weckt die konsequente Umsetzung struktureller Reformen in Politik und Wirtschaft Hoffnungen auf eine mittelfristige Verbesserung des Lebensstandards. Die Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in der Bevölkerung ist eine notwendige Bedingung für den Erfolg der Systemtransformation. Wenn die Menschen weiterhin auf Korruption und Schattenwirtschaft zurückgreifen müssen, um wirtschaftlich zu überleben, werden sich die neuen Institutionen kaum durchsetzen. Die politische Elite muss für mehr Transparenz, Rechtssicherheit, stabile Normen, starke Institutionen und die konsequente Nutzung und Unterstützung des neuen Regelwerks sorgen, um das Vertrauen der Bevölkerung in Demokratie und Marktwirtschaft zu stärken.



Tabellenanhang (zu den Abbildungen auf Seite 2 und 3)

%		1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt						
	Polen	6,8	4,8	4,1	4,5	5
	Tschechien	1	-2,2	-1,5	1,5	2
	Ungarn	4,6	4,9	4,5	5,5	5,5
	Russland	0,9	-4,7	3,2	4	5
	Ukraine	-3	-1,7	-0,4	1	3
Inflation						
	Polen	14,9	11,8	7,3	8	7
	Tschechien	8,5	10,7	2,1	3,7	4
	Ungarn	18,3	14,3	10	8,3	6,5
	Russland	14,8	27,6	85,7	20	15
	Ukraine	15,9	10,6	22,7	20	20
Arbeitslosigkeit						
	Polen	10,3	10,4	13	13,5	13,5
	Tschechien	5,2	7,5	9,4	10	10
	Ungarn	11	9,6	9,6	9	9
	Russland	11,2	13,3	12,3	12	12
	Ukraine	2,3	3,7	4,3	6	8

(Angaben für 2000 und 2001 = Prognosen)

Die empirische Studie, deren Ergebnisse hier kurz zusammengefasst wurden, basiert auf repräsentativen Umfragen, die in Polen, Tschechien, Ungarn und der Ukraine mit jeweils 1.000, in Russland mit ca. 2.400 Befragten im März 2000 durchgeführt wurden.

Eine ausführliche Darstellung erscheint Anfang November 2000 unter

**Wolfgang Franzen, Hans Peter Haarland, Hans-Joachim Niessen:
Transformationsbarometer Osteuropa 2000.**

Schriftenreihe der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V., Band 4

Frankfurt/Main, New York, Campus Verlag 2000;

ca. 210 Seiten, zahlreiche Abbildungen

ISBN 3-593-36590-1

Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik e.V. ❖ Klosterstr. 1 ❖ D-50931 Köln
Tel. 0221/40 26 48 ❖ Fax 0221/40 70 95
e-mail: fores@uni-koeln.de ❖ internet: www.uni-koeln.de/extern/fores/